



Ort: Dorfhaus Hagen
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 22:00 Uhr

Anwesend: GV Michael Rissmann, GV Nadine Schwarzkopf, GV Martin Nissen,
BM Kai Hauschildt, BM Matthias Ott
Ferner anwesend: Bgm. Kai Holm, GV Jens Cramer, GV Claudia Gutwein,
GV Jörn Carsten Fock (ab 19:57 Uhr), Frau Scheunemann - Amt BBL

Vorgesehene Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Vorstellung vom Projekt, Photovoltaik Anlagen in Hagen
3. Verschiedenes

TOP 1:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Nach der Begrüßung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Gäste stellt der Ausschussvorsitzende Michael Rissmann fest, dass zur Sitzung fristgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss Beschlussfähig ist.

TOP 2:

Vorstellung vom Projekt, Photovoltaik Anlagen in Hagen:

Der Bürgermeister Kay Holm stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation befindet sich im Anhang.

Zuvor noch eine kurze Darstellung zur Windenergie. Hier kann die Gemeinde schon nicht mehr mitbestimmen. Bei PV-Anlagen ist das noch möglich.

Es beginnt die Präsentation, Fragen dürfen am Ende der Präsentation gestellt werden.

BM K. Hauschildt, ein naturverbundener Hagener Bürger, freut sich über die Einladung zur Ausschuss-Sitzung, fragt sich aber warum der Ausschuss erst jetzt mit eingebunden wird. Weiter die Frage ob heute zu dem Thema PV seitens des Ausschusses ein Beschluss gefasst werden soll.

GV M. Rissmann antwortet darauf, dass es heute keinen Beschluss dazu geben wird.

BM K. Hauschildt korrigiert noch die Freiflächenzahl von 600 ha auf 520 ha und fragt, warum das PV-Thema nicht wie bei dem B-Plan Nr. 3 gehandhabt wurde.

Bgm. K. Holm antwortet darauf, dass der Ausschuss nur Empfehlungen schaffen kann und keine Beschlüsse. Beschließen kann nur die Gemeindevertretung.



BM M. Ott und BM K. Hauschildt hatten nur bedingte Einsicht in das Thema Photovoltaik Anlagen in Hagen und finden es beide sehr schade.

Der Gast J. Schwarzkopf sagt, dass bei der Info-Veranstaltung im Februar noch keine konkreten Flächen benannt wurden.

Bgm. K. Holm antwortet, dass auch erst jetzt konkrete Anträge von Investoren vorliegen.

Ein Gast aus dem Spitzkamp (Michael B.) findet es generell gut, dass man sich mit der Energiewende beschäftigt, aber in dieser Größenordnung ist das eine "dicke Kröte". Er hat das Vorhaben mit einem Inflationsrechner geprüft und festgestellt, dass das ein schlechter Deal wäre.

Das Publikum klatscht

Ein weiterer Gast aus dem Spitzkamp, I. Wittkowski, stimmt dem zu.

Das Wort geht an J. Zierau. Dieser macht sich um den in der Präsentation vorgestellten, zu erwartenden schlechten Haushalt in den kommenden Jahren keine Sorgen. Er findet es schade, dass sich die Landwirte anders orientieren und nicht mehr die Nahrung im Vordergrund sehen. Er findet es erschreckend, dass immer mehr Nahrungsmittel importiert werden müssen. Und das in der heutigen Zeit (Krieg etc.).

GV J. Cramer meint dazu das generell nur noch wenig auf den Feldern für Nahrung angebaut wird, sondern eher für Energie und Futtermittel.

A. Scheer erkundigt sich nach der Grundsteuer. Ob die Gemeinde nicht dadurch eventuell Mehreinnahmen bekommen würde.

Bgm. K. Holm antwortet darauf, dass das Ziel der Grundsteuerreform sei, in der Summe "neutral" zu bleiben. Er gibt den %-Satz für die Gemeinde Hagen für Grundsteuer A und B

BM M. Ott fragt, wer die Anträge gestellt hat.

Bgm. K. Holm antwortet darauf, dass die Investoren die Anträge gestellt haben.

Der Gast A. Badtke vergleicht die Grundsteuer mit einem Nachbargrundstück und stellt sich die Frage wie das zu vergleichen ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass das ein Thema für das Finanzamt ist.

Der Gast N. Johannisson fragt, ob es wegen der geplanten PV-Anlagen extra Ausrüstung für die freiwillige Feuerwehr gibt. Er hat sich erkundigt und festgestellt, dass das eigentlich nicht viel dafür gibt.

Der Gast O. Steinhof denkt, dass es wie an den PV-Flächen an den Autobahnen einen Falt-Tank geben wird.

GV M. Rissmann sagt dazu, dass es Verhandlungssache ist.

Der Gast D. Hauschildt, meldet sich zu Wort und sagt, dass er als ein "Alt-Hagener-Bürger" etwas traurig ist. Das Thema Photovoltaik sei eine Generationsentscheidung, Hagen wird ein neues Dorfbild bekommen. Er äußert den Wunsch: Die Gemeindevertretung soll die Gemeindebürger befragen und alle entscheiden lassen. Es müsste von der Gemeindevertretung aus eine Bürgerbefragung geben.



Der Gast D. Neumann sagt, dass die Gemeindevertretung einen Beschluss fassen müsste, dass die Gemeindebürger befragt werden, um sich dann auf das Ergebnis zu berufen.

GV M. Rissmann möchte das Echo der Bürger aufnehmen.

Die Gäste allgemein äußern den Wunsch "gefragt zu werden". Das Dorf soll entscheiden. Erst die Fakten zu geplanten Anlagen, dann die Umfrage an die Gemeindebürger.

BM M. Ott erwähnt, dass jeder ein Bürgerbegehren anschieben könnte.

D. Hauschildt möchte kein Bürgerbegehren erzwingen, es soll von der Gemeindevertretung kommen.

J. Schwarzkopf meldet sich zu Wort und möchte, dass Berechnungen wie aus dem Beitrag des Gastes aus dem Spitzkamp mit dem Inflationsrechner in die Entscheidung mit einfließen müssen.

Bgm. K. Holm sagt, dass man alles schlecht reden und rechnen kann. Niemand würde wissen, was dabei herauskommt. Er weiß das die Entscheidungen über Generationen hinaus reichen. Er stellt das Vertrauen der Gemeindebürger in Frage.

Mehrere Gäste sagen: "Wir leben aber hier". Es ist kein Vergleich mit den Flächen an der Autobahn.

D. Hauschildt meldet sich erneut zu Wort und sagt, dass der Gemeindevertretung schon vertraut wird. Die Gemeindevertretung soll diese weitreichende Entscheidung nur nicht allein auf ihren Schultern zur Last haben. Die Gemeindevertretung soll die Bürger hinter sich holen.

B. Schurbohm ergreift das Wort. Sie befürchtet, dass wenn ca. 20 % der Flächen mit Photovoltaik belegt werden, man die eigenen Häuser nur noch schlecht verkaufen kann. Der Wert der Immobilien wird dadurch sinken. Neubürger wollen hier nicht herziehen bzw. leben. Kunden aus dem Hofladen sagen immer, wie schön es hier in Hagen sei. Das wird sich dann ändern. Die Gemeindevertretung soll bitte auch darüber nachdenken.

Bgm. K. Holm sagt dazu, dass niemand wissen kann, ob eine Immobilie dadurch an Wert verliert.

GV M. Nissen meldet sich zu Wort. Windkraft und Photovoltaik würden nicht bei einer Hausbewertung zuzählen. Man soll nicht nur an sich selbst denken. Junge Familien könnten Hagen nicht bezahlen. Er gibt zu bedenken, wenn nichts unternommen wird.

BM K. Hauschildt stimmt dem Einwand von B. Schurbohm zu. Weiter erzählt K. Hauschildt, dass es Ende der 60er / 70er Jahre mit der Landwirtschaft bergab ging. Es blieben nur noch wenige Landwirte über, dadurch weniger Steuereinnahmen. Man versuchte Leben ins Dorf zu holen, Baugebiete zu erstellen. Die Baugrundstücke waren günstig. Ein einzigartiger Wohnwert zog die Leute nach Hagen. Die Infrastruktur war damals schon gut. Sein Fazit, junge Familien müssen her, die Häuser sollten mit mehr als 1 Person bewohnt werden. Man erinnere sich bitte an den Slogan "Hagen, die liebens- und lebenswerte Gemeinde".

Bgm. K. Holm beginnt die ausgehängten Pläne zu erörtern.

Der Antrag, der sich auf die benannte Fläche B bezieht, wird abgelehnt. Es ist zu dicht an der Siedlung.



Zu dem Bereich im Spitzkamp wird folgendes gesagt.

- Es handelt sich um 4 Landeigentümer.
- Im Verlauf des Wildkorridors werden PV-Flächen abgelehnt.
- Der Bereich C3, links vom Barmweg, wird ausgeschlossen, da es sich um Moore bzw. Anmoorböden handelt.
- Die Bereiche C1 + C2 (65 ha) seien in Ordnung.
- Der Bereich C1 beinhaltet 2 Flurstücke aus der Gemeinde Armstedt. Hierüber kann die Gemeinde Hagen nicht entscheiden.

BM K. Hauschildt merkt an, dass in der Fläche C1 ein Feuchtbiotop befindet. Dieses müsste aus der Fläche rausgenommen werden.

GV J. C. Fock bestätigt, dass die Fläche rausgenommen wird.

D. Hauschildt meldet sich zu Wort. Die Fläche C2 zeigt dann kein schönes Dorfbild mehr.

Bgm. K. Holm führt weiter aus, dass längs der K 32 (betrifft die Fläche C2) die Möglichkeit zur Herstellung eines Radweges gegeben bleiben muss.

D. Hauschildt meldet sich erneut zu Wort. Wenn ein Bürger ein lila Dach beantragt, wird es abgelehnt, weil es nicht ins Dorfbild passt. Aber eine riesige Fläche an Flächen-PV würde gehen.

GV M. Rissmann stimmt zu, dass Flächen-PV nicht hübsch ist. Auf den Dächern sei es auch nicht schön.

BM M. Ott fragt, warum es denn überhaupt gemacht werden soll. Das sei kein Mehrwert fürs Dorf.

Bgm. K. Holm antwortet darauf, dass die Landeigentümer dafür Pacht bekommen würden.

F. Greiner sagt, dass es bei ihrem Vorhaben im Wesentlichen um 3 Punkte geht.

- Landwirte können aus finanziellen Mitteln diese PV-Anlagen nicht selbst bauen, darum mit einem Investor.
- Man kann von Landwirtschaft nicht mehr leben.
- Wegen Auflagen vom Veterinär-Amt, wird es die Galloways nicht mehr geben, wenn Agri-PV bei ihnen nicht gebaut werden darf. Die aufgeständerten Paneele dienen u. A. als Unterstand für die Tiere.

F. Greiner erklärt, was genau Agri-PV ist und möchte, dass die Landwirtschaft dadurch erhalten bleibt.

S. Jähn fragt wie hoch die Agri-PV Anlage sein wird.

F. Greiner antwortet, dass die Anlage aufgeständert, eine mittlere Höhe von 2,10 m hat. Die Anlage kann eine Höhe von bis zu 3 m erreichen. Es wird ein getracktes System eingereicht. Dadurch hat man größere Reihenabstände.

Bgm. K. Holm erörtert die Pläne weiter und kommt zu dem Bereich A mit dem Agri-PV. In der Fläche A1 bleibt parallel zum Wald ein Streifen vom 80 m frei. Der blau markierte Streifen zeigt den möglichen Verlauf der TenneT Stromtrasse. Hier sollen 6 Stromleitungen verlegt werden. Hierfür benötigt die TenneT einen Arbeitsstreifen von 120 m. Fertigstellung der gesamten Stromtrasse soll im Jahr 2032 sein.



GV N. Schwarzkopf fragt nach, ob der 80 m "Frei-Streifen" am Wald auch bestehen bleibt, wenn die Tennen in diesem Streifen die Kabel nicht verlegen wird.

Bgm. K. Holm bestätigt, dass die 80 m in der Fläche A1, am Wald entlang, auf jeden Fall frei bleibt und nicht bebaut werden.

BM K. Hauschildt teilt mit, dass ein Flächennutzungsplan über die gesamte Fläche erstellt werden muss.

Frau Scheunemann vom Amt BBL bestätigt, dass die Gemeinde Hagen keinen Flächennutzungsplan hat und im Zuge der Herstellung von Freiflächen-PV-Anlagen einen erstellen lassen muss.

BM K. Hauschildt hat sich beim Kreis erkundigt und sagt, dass so ein Flächennutzungsplan ca. € 60.000,00 kosten würde.

Bgm. K. Holm sagt, dass die Betreiber die Kosten für die Herstellung eines Flächennutzungsplans übernehmen.

BM K. Hauschildt gibt zu bedenken, dass ein Flächennutzungsplan über das gesamte Gemeindegebiet geht. Die Investoren sind aber nur auf bestimmten Bereichen davon betroffen. Was passiert, wenn die Rechnung für den Flächennutzungsplan von "höherer Stelle" geprüft wird? Er verweist auf das Thema Vorteilsannahme.

Frau Scheunemann vom Amt BBL erklärt noch einmal das Thema Flächennutzungsplan.

BM M. Ott hat eine Frage zum Flächennutzungsplan.

Frau Scheunemann vom Amt BBL beantwortet diese.

Der Gast I. Wittkowski hat bezüglich des Flächennutzungsplanes eine Frage bezüglich der Kostenaufteilung.

GV M. Rissmann teilt mit, dass die Gemeinde kein Geld für einen Flächennutzungsplan ausgeben will.

I. Wittkowski ergreift nochmals das Wort und weist darauf hin, dass die Investoren mit ihren Rechtsanwälten wie "Heuschrecken" übers ganze Land hinweg gehen, um Verträge zu schließen.

F. Greiner sagt, dass in ihrem Fall sie selbst auf die Investoren zugegangen sind.

Der Gast O. Steinhof fragt, ab wann / ab welcher Fläche ein Investor ablehnen würde. Weiter schlägt er vor, bei dem Bereich C2 eine "Linie zu ziehen", um sicherzustellen, dass der Blick auf das Dorf erhalten bleibt.

Der Gast A. Badtke fragt, ob für den einzelnen Bürger auch ein Vorteil dabei rauskommt.

Bgm. K. Holm sagt dazu, dass es mit den Betreibern verhandelt werden muss. Ein Betreiber ist jedoch kein Stromanbieter.

S. Jähn teilt mit, dass laut einem Investor, es nicht machbar ist, allein für Hagener Bürger vergünstigten Strom anzubieten, weil die Gemeinde Hagen keine eigene PLZ hat.

Bgm. K. Holm meint, dass eventuell eine Geldanlage in Frage kommen könnte.

BM K. Hauschildt gibt noch einen Hinweis für die Flächen im Bereich Spitzkamp, C1 + C2. Es sollte das Modell "Solar 2.0" nach den empfohlenen Vorgaben des LJV berücksichtigt werden. "Solarenergie



wildtierfreundlich planen“. Demnach sollte man keine Schaftierhaltung bei den Freiflächen-PV-Anlagen planen. Wo Schafe sind, ist totes Land für Wildtiere.

GV M. Rissmann sagt, dass man die Meinung aus der Bevölkerung wolle und auch weitestgehend mitgehen werde.

M. Bauer fragt, wie jetzt weiter vorgegangen werden soll.

GV M. Rissmann sagt dazu, dass weiter über das Thema beraten werden soll.

GV J. Cramer teilt mit, dass die Gemeindevertretung in der kommenden Woche über einen Aufstellungsbeschluss für Flächennutzungs- und B-Plan abstimmen muss.

Frau Scheunemann vom Amt BBL gibt nochmals Auskunft zu den Flächennutzungs- / B-Plänen und sagt, dass solche Pläne mindestens eine Planungszeit von 2 Jahren beanspruchen.

GV N. Schwarzkopf fragt, ob ab dem Zeitpunkt, wo der Aufstellungsbeschluss beschlossen wird und dadurch ein Planungsbüro beauftragt wird, es Geld kostet.

Der Gast N. Johannisson greift die Frage auf und fragt, ob es eine Vorab-Kostenübernahmeerklärung geben wird. Was ist, wenn das Projekt scheitert? Wer übernimmt dann die Kosten?

GV J. Cramer sagt dazu, dass das vorab keiner unterschreiben würde.

F. Greiner erwähnt, dass wenn die Flächen zu klein werden, lohnt es sich nicht mehr.

GV M. Rissmann teilt mit, dass es zwischen dem Aufstellungsbeschluss und den dann eventuell zustande kommenden Verträgen noch weitere Gespräche mit den Investoren geben wird.

S. Scheffler fragt, was aber passieren würde, wenn die Bürger der Gemeinde befragt werden und die Mehrheit gegen die Ausführung der Projekte ist.

Der Gast S. Gosau ergreift das Wort und meint, dass der angesprochene Aufstellungsbeschluss nur ein Beschluss dafür ist, ob das Ziel weiterverfolgt werden soll.

Bgm. K. Holm spricht sich dafür aus, die gestellten Anträge zu würdigen. Die Gemeindevertretung müsse sich weiter um diese kümmern und weiter diskutieren.

Unter den Gästen wird die Forderung zum Thema Bürgerbefragung angestoßen.

Bgm. K. Holm sagt dazu, dass die Gemeindevertretung sich dazu erst ein Meinungsbild schaffen muss.

D. Hauschildt meldet sich zu Wort. Sagt, dass die Gemeindevertretung durch diese Veranstaltung einen neuen Blickwinkel von den Bürgern aus gesehen hat. Er bittet erneut darum, die Bürger der Gemeinde Hagen mit einzubinden. “Fällt die Entscheidung mit dem Dorf.“ Er betont nochmals, dass es kein Misstrauen gegen die Gemeindevertreter ist. Die Gemeindevertreter sollen das “Für und Wider“ für das Dorf in Fakten darlegen und dann die Dorfgemeinschaft befragen.

Bgm. K. Holm erklärt, dass es bei den Anträgen der Eigentümer um “Lohn und Brot“ gehe. Es müssen Entscheidungen in einem entsprechenden Zeitraum gefällt werden.

S. Jähn bemerkt, dass nicht alle Landeigentümer aus Hagen kommen.

Bgm. K. Holm sagt dazu, dass hierbei keine Unterschiede gemacht werden können, ob ein Landeigentümer in der Gemeinde Hagen wohnt oder nicht.

F. Greiner erwähnt, dass die Netzeinspeisemöglichkeiten in ein bis zwei Jahren eventuell nicht mehr vorhanden sind.

GV M. Rissmann schließt hiernach den TOP 2.

TOP 3:

Verschiedenes:

-/-

Protokollführerin:

Nadine Schwarzkopf